

Hannover, Georgstrasse 33, Telefon 20951/52

II/47

Hannover, 13. Juni 1947

Mit anderen Zungen

Dr. B.W. - Die zum Teil - in Angriff und notwendiger Abwehr - polemische Berichterstattung über die Münchener Konferenz droht die Beurteilung ihrer Ergebnisse in der breiten Öffentlichkeit zu ihren Ungunsten zu verschieben. Vor allem die Zeitungen der russischen Zone und die der sowjetisch lizenzierten Zeitungen Berlins, sowie die Blätter der westlichen Zonen, die in geistiger Abhängigkeit von den östlich orientierten Zeitungen stehen, sind bemüht, Anlass, Zweck und Inhalt der Konferenz auf eine Ebene zu heben, auf der sie gar nicht hat in Erscheinung treten und wirken wollen.

Es ist notwendig, festzustellen, dass der Leitgedanke dieser Konferenz einzig und allein nur die bange Frage war: Wie kommen wir über den nächsten Winter? Dass Ausgangspunkt allein die gegenwärtige deutsche Not, vor allem die der Ernährung, der Flüchtlinge, der Industrierversorgung, der Kohle und Baustoffe war, und dass ihr Zielpunkt die Antwort auf die rein praktischen, wirtschaftlichen Fragen sein sollte, Auswege zu ihrer Linderung oder Überwindung zu finden. Es ist notwendig, diese Feststellung aus dem Für und wider der Diskussionen um die Fragen der deutschen Repräsentation, der deutschen Einheit und der Zonenblockbildung herauszuheben, um die neun Thesen, die die Konferenz einmütig dem Alliierten Kontrollrat und damit der Welt vorzutragen beschloss, in ihrer gewichtigen Bedeutung klar herauszustellen. Ferner ist es notwendig, festzustellen, dass darum die Münchener Konferenz weder durch den Auszug der Verwaltungschefs der Ostzone gesprengt worden, noch infolge ihrer Abwesenheit bei der Beschlussfassung gescheitert ist.

Absichtsvoll und wohlüberlegt war der Rahmen der Konferenz von vornherein auf die akuten, vornehmlich wirtschaftlichen Fragen beschränkt worden, um wirklich zu konkreten Beschlüssen zu kommen, denen in späterer Zusammenarbeit der Länderregierungen untereinander und mit den Besatzungsmächten praktische Ergebnisse folgen konnten. Alle Fragen, die in Verfolg der Vorbesprechungen über die nationale Repräsentation und die nationale Einheit im Hinblick auf die geplante Konferenz aufgeworfen und von der Presse, den Parteien und Gewerkschaften mit berechtigtem Interesse diskutiert worden waren, wurden jedoch zurückgestellt, um nicht in dem dornenvollen Gestrüpp grundsätzlicher politischer Diskussionen um Probleme, die nicht einmal die Politiker der Welt in monatelanger ernsthafter Arbeit während der Moskauer Konferenz einer Lösung auch nur hatten nahe bringen

können, steckenbleiben, sondern um unverzüglich zu der dringend notwendigen Beschlussfassung über die aktuellen Tagesfragen zu kommen.

Die Ministerpräsidenten der Länder der westlichen Zonen hatten sich, als sie der Münchener Initiative zusagten, diesen Erwägungen zugänglich gezeigt und jeder für sich und seine Regierung - zum Teil nach längerem Gedankenaustausch mit dem Münchener Initiator vorbehaltlos oder mit besonderen Wünschen zur Gestaltung der Tagesordnung im Rahmen der zur Diskussion stehenden praktischen Aufgaben - zugesagt.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Frage der gesamtdeutschen Repräsentation sollte mit deutlichem Hinweis auf die Münchener Konferenz deren begrenzte, auf ganz konkrete Verhandlungsgegenstände beschränkte Funktion deutlich machen.

Niemals jedoch sind von Dr. Schumacher, wie es Berliner Zeitungen der SED behaupten, den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Anweisungen gegeben worden, sich mit "SED-Leuten nicht an einen Tisch zu setzen". Im Gegenteil, die zunächst angekündigte Teilnahme und das endliche Erscheinen der Regierungschefs der Ostzone in München ist von der SPD angenommen worden; nur bei einer Ausweitung der Tagesordnung über den bewusst enghaltenen Rahmen hinaus auf grundsätzliche politische Fragen wäre ein weiteres Verbleiben der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten auf der Konferenz nicht möglich gewesen; denn ehe nicht die SPD in allen Teilen Deutschlands als Vertreterin weiter Volkskreise im Chöre der anderen Parteien die ihr gebührende Stimme miterheben kann, wird sie sich nicht, mit Vertretern der SED an einen Tisch setzen können, um über die deutsche Einheit und Repräsentation zu sprechen.

Es ist kaum vorstellbar, dass die Regierungschefs der Ostzone nach den vorangegangenen Diskussionen sich der Tragweite ihrer Forderungen nicht bewusst gewesen sein sollten, ebensowenig aber auch, dass ihre im Rahmen der Münchener Konferenz unerfüllbaren politischen Forderungen darauf abzielen sollten, die Konferenz "zu sprengen". Ihr Erscheinen und ihre ersten erwartungsvollen und hoffnungsfrohen Äußerungen lassen das nicht vermuten. Was ist es dann, was solche unüberbrückbaren Gegensätze aufriss und sie zum Verlassen der Konferenz veranlaßt?

Sie sprechen eine andere Sprache! Sie denken in Begriffen, die im Westen seit dem Zusammenbruch des dritten Reiches einen anderen, wieder ihren ursprünglichen Gehalt bekommen haben! Diese "fremde" Sprache, dieses "andere" Denken dokumentierte sich schon darin, dass - während die Ministerpräsidenten der Westzone jeder für sich zu der Konferenz Stellung nahm und die Presse der einzelnen Länder vielfältig und vielstimmig die Münchener Initiative kommentierte, - die Vertreter der Ostzone en bloc antworteten und auch ebenso die Forderung nach einer Politisierung der Konferenz stellten und dabei einheitlich und einstimmig von der gesamten Presse der Ostzone sekundiert wurden - ebenso wie diese Presse jetzt das Ergebnis von München einstimmig mehr oder weniger in Frage stellt, es als Erfolg rein partikuläristischer Interessen der "föderalistisch-kapitalistischen westlichen Reaktionen" hinstellt, sie die Westzone zu einem Block gegenüber der Ostzone zusammenschließen beabsichtigten und versuchten, "die Ostzone abzuschreiben" - wie es Fritz Ebert auf einer Kundgebung der KPD vor der Feldherrnhalle in München kurz nach Abschluss der Ministerpräsidentenkonferenz ausrückte.

Demgegenüber muss jedoch festgehalten werden: en bloc führten die Ostminister die Vorverhandlungen, en bloc verliessen sie die Konferenz, en bloc wird ihr Verhalten von sämtlichen Zeitungen der russischen Zone und im russischen Sektor von Berlin - nach offensichtlich einheitlichen Richtlinien positiv kommentiert.

Diese Sprache, solche Gedankenführung verstehen wir nicht - nicht mehr. Würde die Bevölkerung in der Ostzone in freier Wahl frei sprechen können und nicht nur en bloc, wie auch wir im Westen es dreizehn Jahre haben tun müssen, und wie es offensichtlich im Osten noch nicht verlernt werden darf - dann würden wir gewisslich eine Stimme hören und verstehen die zu der Münchener Konferenz und ihren Ergebnissen Ja sagt.

Frankreichs Sozialisten in der Sackgasse

Von unserem A.F.-Vertreter in Paris

Die Sozialistische Partei ist zwar zahlenmässig die schwächste der drei grossen Parteien Frankreichs, sie spielt jedoch im politischen Leben ihres Landes die grösste Rolle. Es genügt darauf hinzuweisen, dass sie seit der Beendigung der Vichy-Herrschaft drei der insgesamt fünf Ministerpräsidenten und ausserdem den Präsidenten der Republik gestellt hat.

Nach der Wahlniederlage, die die Partei im November letzten Jahres erlitten hatte, befand sie sich in einer schweren Krise, deren Überwindung in jenen Augenblicken nicht einmal vorzuszusehen war. Wenige Wochen später sollte jedoch die Partei einen völlig überraschenden, aber keineswegs unverdienten Aufschwung erleben. In Anbetracht der Schwierigkeit der Bildung einer Koalitionsregierung erklärte sie sich bereit, vorübergehend unter Führung von Léon Blum allein die Verantwortung für die Staatsgeschäfte zu übernehmen. Dieser Entschluss war umso mutiger, als sich Frankreich am Vorabend einer drohenden Inflationskrise befand. Die geschickte Politik der Regierung Léon Blums, der es gelang, die Inflationswelle zum Stehen zu bringen und dem Lande wieder ein gewisses wirtschaftliches Gleichgewicht zu verschaffen, blieb nicht ohne Ergebnis für das Ansehen der Partei, die nicht nur das Vertrauen der Massen gewann, sondern auch die Achtung ihrer Gegner. Dank der mutigen und energischen Haltung des jetzigen sozialistischen Ministerpräsidenten Ramadier, der sich unaufhörlich und erfolgreich bemüht, die tatsächlichen und demagogischen Schwierigkeiten, die die Wirtschaft und die Unabhängigkeit Frankreichs gefährden, zu überwinden, wurde die Stellung der sozialistischen Partei noch verstärkt. Sie darf bei den kommenden Gemeindewahlen im Oktober dieses Jahres eine ermutigende Anerkennung seitens der Wählerschaft erhoffen.

All diese Erfolge vermögen nicht die Sorgen eines Teiles der verantwortlichen Parteifunktionäre zu übertönen. Der linke Flügel der französischen Sozialisten befürchtet in der Tat ein Abgleiten der Partei ins Bürgertum und damit gewissermassen den Verlust ihrer Existenzberechtigung. Es ist kaum bestreitbar, dass die sozialistische Partei Frankreichs in der Arbeiterklasse nur noch einen schwachen Rückhalt hat. Ihre Struktur ist in dieser Beziehung wohl die ungünstigste aller europäischen sozialistischen Bewegungen. Die französischen Arbeiter sind zur Zeit in ihrer überwiegenden Mehrheit kommunistisch eingestellt. Der Einfluss der Sozialisten in der Gewerkschaftsbewegung stützt sich hauptsächlich auf die Angestellten, die Beamten und die Lehrer. Die Wählermassen der Partei rekrutieren sich unter den Kleinbürgern und den südfranzösischen Weinbauern. In der politischen Geographie Frankreichs nimmt daher die sozialistische Partei mehr und mehr den Platz der Radikalsozialisten ein. Sie würde demnach zu einem Sammelpunkt des fortschrittlichen und gleichzeitig antiklerikalen Bürgertums. Eine derartige Entwicklung wäre alles andere als erfreulich, weil die Gefahr bestünde, dass dieses Bürgertum die sozialistischen Tendenzen letzten Endes, wenn nicht ausschalten, so doch abschwächen würde.

Der linke Flügel der Partei, geführt von dem Generalsekretär der Partei Guy Mollet, seinen beiden Stellvertretern Dechezolies und Arrès-Lapoque, dem Sekretär der Pariser Ortsgruppe Marceau Pivert, ferner von einigen weiteren Mitgliedern des Parteivorstandes, wie Jean Rous und Léon Boutbien, fordert daher eine klare Rückkehr der Partei zum Proletariat und zum klassischen Marxismus. Die französischen Sozialisten haben sicherlich nur dann eine politische Zukunft, wenn es ihnen gelingt, das Vertrauen eines Teiles der Arbeiterklasse wiederzugewinnen. Es ist aber recht fraglich, ob dieses Ergebnis durch eine theoretische Rückkehr zum klassisch-revolutionären Marxismus, wie er besonders von Marceau Pivert ge-

predigt wird, erreicht werden kann. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass man dadurch lediglich die wirtschaftlich proletarisierten Kleinbürger, Handwerker und Bauern abstösst, ohne die Arbeiter zu gewinnen, jene Schichten, die zu den Kommunisten gegangen sind, nicht, weil sie dort die Verwirklichung des klassischen Marxismus suchen, sondern weil sie den kommunistischen Versprechungen auf eine energische Verbesserung ihrer materiellen Lage Glauben geschenkt haben. Es ist übrigens nicht anzunehmen, dass sich der linke Flügel in der Partei durchsetzen wird, denn er hat sämtliche führenden Persönlichkeiten, die gleichzeitig auch die geschicktesten Taktiker sind, gegen sich. Seine grösste Schwäche besteht wohl darin, dass die Mehrheit seiner Verteidiger im Grunde weniger Proletarier als marxistische Intellektuelle sind, die in Frankreich kaum erfolgreicher sein werden als in der englischen Arbeiterpartei.

Dessen ungeachtet muss die Partei einen Ausweg aus ihrer jetzigen politisch-ideologischen Sackgasse finden. Sie erleidet das Schicksal jeder Mittelpartei in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Unruhen. Sie kann diese Krise nur überleben, wenn sie stets bemüht bleibt, den - vorläufig noch ungläubigen - Massen ihre eigene Daseinsberechtigung darzulegen, d.h. eine klare politische Linie verfolgt, ohne für Augenblickserfolge taktische Konzessionen zu machen. Für die sozialistische Partei Frankreichs bedeutet das die Forderung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung ohne Bürokratie und ohne Ausbeutung der Arbeiter durch den Staat, die Verteidigung der Freiheit und der unveräusserlichen Rechte der menschlichen Persönlichkeit nach rechts und nach links, und nicht zuletzt das Bekenntnis zu einem uneingeschränkten Internationalismus.

Wenn die Partei sich selbst und ihren Idealen treu bleibt, werden auch die französischen Arbeiter wieder zu ihr zurückfinden können, nachdem sie verstanden haben werden, dass der Kommunismus ihnen zwar das materielle Wohlergehen verspricht, sie aber gleichzeitig ihrer Freiheit als Mensch und als Arbeiter beraubt. (b/96/2/ha)

"Ein Zutrauensvotum erster Klasse"

Das Züricher "Volksrecht", das offizielle Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, brachte in Anschluss an seinen Bericht über die Internationale Sozialistenkonferenz folgende Würdigung des Leiters der SPD-Delegation, Dr. Schumacher:

"Die Konferenz hatte das erste Auftreten des prominentesten deutschen Sozialdemokraten mit Spannung erwartet. Die meisten Delegierten kannten ihn bloss aus den widersprechenden Schilderungen in der internationalen Presse, wobei besonders die Behauptung vom "zweiten Hitler", wie sie in den kommunistischen Zeitungen zum täglich gewordenen Klischee gehört, in Erinnerung geblieben war. Genosse Schumacher hat mit seiner Rede auf die Konferenz einen nachhaltigen Eindruck gemacht. Vor ihr stand ein Sozialist, der europäisch sprach und keinen der anwesenden andern Delegierten in irgendeiner Weise in seinen Gefühlen verletzte, ohne deshalb in Gemeinplätzen reden oder sein Vaterland zu verleugnen. Als Mann von Überzeugung und Grundsätzen, der in den Konzentrationslagern das Fürchten gelernt hat, sprach er von der Aufgabe der deutschen Sozialdemokraten und ihrer Stellung in einer kommenden sozialistischen Internationale in einer Weise, die allen, selbst jenen aus den ehemals überfallenen Ländern, Achtung und Respekt abnötigte, wenn der persönliche Erfolg Schumachers sich nicht gleich auch in einem Erfolg der Abstimmung über die sofortige Aufnahme der deutschen Sozialdemokraten in die Konferenz auswirkte, so lag das mehr in der sächlich noch nicht ausgereiften Situation als etwa im Auftreten des ersten Redners der deutschen Sozialdemokraten. Dass nicht nur England und Frankreich, sondern auch Holland und Norwegen für die Aufnahme stimmten, muss als ein Erfolg und als ein Zutrauensvotum erster Klasse in die jetzige Führung der deutschen Sozialdemokratie betrachtet werden."

Von Dr. Theodor Bohner, Padua

Den Fremden mag Italien das Land scheinen, das von allen am Kriege beteiligten Länder sich am raschesten erholt hat. Läden und Märkte sind voll. Zwar klagt der Mann auf der Strasse, dass die Löhne mit den Preisen nicht Schritt hielten. Aber man muss fast suchen, einen Bettler zu finden, unterernährte Kinder sind im Strassenbild selten, Blässlinge scheinen eher von zärtlichen Eltern zu sehr vor Sonne und frischer Luft behütet. Die zahlreichen Schänken zeigen immer noch ein frohgeniessendes Volk. Autos wie Fahrräder verkehren in erstaunlicher Fülle. Dennoch hat der Italiener selbst das Gefühl einer Krise, und die Lira, die im Lande kaum noch die Kaufkraft des alten Centesimo hat und in der Schweiz gerade noch einen halben Centime wertet, ist noch immer im Gleiten. Tut man unrecht, wenn man die Krise vor allem politisch sieht, das heisst als Folge unreifer innerpolitischer Zustände?

Die Costituente, die verfassungsgebende Nationalversammlung, hat den 2. Juni, an dem vor einem Jahr die Republik Italien verkündet wurde, zum Nationalfeiertag erhoben. Noch mag an verschwiegener Strassenecke besonders in der Vorstadt ein "Es lebe der König!" grüssen. Aber es ist seit der Abstimmung im Vorjahr nicht mehr aufgefrischt worden. Eine Rückkehr der Monarchie will sich den Fremden nirgends ankündigen, aber wohin geht die Republik Italien? Weimarer Wege?

Ist es nicht eine Art Wiederholung Weimars, wenn der Dreiparteienblock, der sich über der Arbeit am Verfassungsentwurf zusammengefunden hat, in der eigentlichen Regierungs- und Verwaltungsarbeit und vor allem in allen Wirtschaftsfragen auseinanderzufallen droht oder schon gefallen ist, die republikanische Politik so eine dauernde innere Schwäche zeigt?

Andere Ähnlichkeiten sind noch schlagender. Pfingstsonnabend war in unserer Provinzstadt alles beflaggt: die Kriegserklärung an Österreich von 1915 wurde gefeiert. Italiener, nach dem Sinn einer so gespenstig überlebten Feier befragt, erklärten, es sei eben der Tag des Eintritts Italiens in die Siegeslaufbahn gewesen, konnten aber nicht angeben, welcher Siegeslaufbahn. Doch der Sinn der Feier verriet sich sehr deutlich beim Festakt selbst, einer stummen Kranzniederlegung am Denkmal des unbekanntem Soldaten: Kränze legten gemeinsam nieder Wehrmachtvertretungen, die Rechtspartei Qualunque (Jedermann) und das "Liceo Scientifico", also Wehrmacht, politische Rechte und Höhere Schule in einem Dreiklang, der leider auch an schlechtes Weimar erinnert.

Bis in die kleinsten Kleinigkeiten geht die Verwandtschaft. Man besuche sich die Plakate der Wiederaufbauleihe, wie sie noch an den Mauern kleben, oder auch nur die laufende 15-Centesimimärke mit der pflanzenden Hand: es ist unechte Sentimentalität, wie sie auch dem äusseren Bild der Weimarer Republik nicht fremd war.

Wohin geht Italien? In ein neues Europa oder will es Vergangenes künstlich neu beleben, bis es in den bereiten Abgrund stürzt?
(b/Al/236/2/he)

Joe Reeves vertritt die Labour Party

Wie Morgan Phillips, der Sekretär der englischen Labour Party, nach dem Züricher Internationalen Sozialistenkongress bekanntgab, werden Joe Reeves, der Labour-Abgeordnete für Greenwich, und ein Mitglied des Nationalen Exekutiv-Komitees, die Labour Party auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Nürnberg vertreten. Morgan Phillips nannte die in Zürich beschlossene Bildung eines Verbindungs-Komitees zur SPD eine recht vernünftige Lösung, weil dadurch ein Konflikt mit den Ländern des slawischen Blocks vermieden wurde. "Sie lässt", so sagte er, "die Tür für eine Zusammenarbeit zwischen den sozialdemokratischen Parteien Europas und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands weit offen." (w/Blo/13/2/he)

Minderheitenpolitik in Jugoslawien

Von unseren eigenen Korrespondenten

WJ, Sofia, Anfang Juni 1947.

Unter den Vorwürfen, die der bulgarischen Aussenpolitik gemacht werden, spielt der eine besondere Rolle, das freundschaftliche Verhältnis Bulgariens zu seinem jugoslawischen Nachbarn habe den Verzicht auf alte nationale Ansprüche in den Grenzgebieten mit sich gebracht. Tatsächlich scheinen jedoch die alten serbisch-bulgarischen Gegensätze, die sich immer wieder an solchen Fragen entzündeten, beilegt zu sein. In dieser Zusammenhang ist eine Veröffentlichung interessant, die die Fürsorge der jugoslawischen Föderativrepublik für ihre völkischen Minderheiten, darunter auch die Bulgaren, näher belegt.

Während in dem früheren Jugoslawien Minderheitenschulen überhaupt nicht bestanden und der Unterricht allgemein in serbischer Sprache erfolgte, besitzen im heutigen föderativen Jugoslawien alle Minderheiten grundsätzlich eigene Schulen, je nach ihren Bedürfnissen. Es gibt für die Bulgaren je ein Gymnasium in Zaribrod und in Bossilegrad. Das erste wird von 656, das zweite von 730 Schülern besucht. Beide Schulen haben 20 Professoren, die bulgarischer Herkunft und bulgarischer Staatsangehörigkeit sind, aber ihre Besoldung vom Erziehungsministerium der serbischen Republik erhalten. Der Unterricht erfolgt in bulgarischer Sprache. Dasselbe ist der Fall in den zahlreichen Volksschulen der Bezirke in 106 Schulen mit 174 Klassen, 4.843 Schülern und 80 Lehrern. In anderen Bezirken gibt es weitere sieben Schulen mit 14 Klassen und gelegentlich noch weitere drei Klassen. Auch hier sind die Lehrer bulgarische Staatsangehörige.

Das bulgarische Schulnetz in Jugoslawien soll durch die Errichtung von Progymnasien noch ausgedehnt werden. Dass sogar etwa vorhandene Analphabeten nachträglich ihre Einweisung in die bulgarische Schriftsprache in Sonderkursen erfahren sollen, scheint zu beweisen, dass es sich bei dieser kulturellen Fürsorge um mehr handelt als nur um eine unwillig geübte Rücksichtnahme auf eine lästige Minderheit. (b/421/136/2/he)

Faschistische Zellen in Oxford

Die seit geraumer Zeit wieder ungemein aktive faschistische Bewegung in England hat neuerdings auch in der Universität von Oxford anti-sozialistische Zellen gebildet. Im sogenannten Corporate Club haben sich 45 Studenten, von denen die meisten ehemalige Offiziere sind, zusammengeschlossen, um ihre faschistischen Ideen allmählich in den Kreisen der Oxforder Studenten zu verbreiten. Wie der Präsident der Corporate Clubs dieser Tage offen zugab, stehen die Clubmitglieder in enger Fühlung mit Sir Oswald Mosley, der nach seiner Haftentlassung wieder die Führung der englischen Faschisten übernommen hat, dessen Tätigkeit jedoch von der englischen Regierung aufmerksam verfolgt wird, um seinen Treiben notfalls rechtzeitig einen Riegel vorschieben zu können. (u/Blo/136/he)

Verantwortlich: Fritz Säger, Hannover